

7 Gebote für einen zukunftssträchtigen Finanzplatz Schweiz

Positionspapier der CVP Schweiz

Verabschiedet vom Parteipräsidium am 11. Dezember 2009

7 Gebote für einen zukunftsträchtigen Finanzplatz Schweiz

Der Finanzplatz ist eine der tragenden Säulen der schweizerischen Volkswirtschaft. Die Ereignisse der vergangenen Monate und Jahre haben ihm massiv Schaden zugefügt. Alle Beteiligten in Wirtschaft und Politik müssen die begangenen **Fehler** unvoreingenommen analysieren und daraus **Lehren** für die Zukunft ziehen. Ziel muss es sein, die Folgen der jüngsten Krisen zu bewältigen, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen und eine Strategie zu verfolgen, welche die Schweizer Finanzbranche im internationalen Wettbewerb der Finanzplätze nachhaltig stärkt. **Denn eine Krise kann auch eine Chance sein!**

Der Finanzsektor erbringt knapp 12 Prozent der Wertschöpfung unseres Landes. Dabei beschäftigt er schweizweit etwa 200'000 Mitarbeitende und beschert dem Bund, den Kantonen und Gemeinden jährlich rund 15 Milliarden Franken Steuereinnahmen. Die Finanzdienstleistungen stellen **das „Blut“ unseres Wirtschaftskreislaufs** dar. Gerade deshalb ist die Schweiz auf eine florierende und funktionierende Finanzindustrie angewiesen.

Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit, insbesondere die Weltfinanzkrise und die Angriffe auf das Bankkundengeheimnis, haben die zunehmende **internationale Vernetzung und Abhängigkeit** der Schweiz vor Augen geführt. Gleichzeitig wächst der Wettbewerb unter den international führenden Finanzplätzen. Der Schweizer Finanzplatz muss mehr denn je um Wettbewerbsvorteile kämpfen. Die CVP setzt sich dafür ein, dass die Finanzbranche ihre grosse Bedeutung für die schweizerische Volkswirtschaft auch in Zukunft behält. Aus diesem Grund ist eine **nachhaltig ausgerichtete Finanzmarktstrategie** nötig (vgl. Postulat Graber 09.3209) – und zwar eine Strategie für alle Finanzdienstleistungsunternehmen, nicht nur für die Grossbanken.

Aus Sicht der CVP stehen folgende 7 Gebote für einen zukunftsträchtigen Finanzplatz im Vordergrund:

1. Mehr Stabilität!

- Die Finanzkrise hat weltweit die Stabilität des Bankensystems in Frage gestellt. In vielen Ländern sind enorme Risiken systemrelevanter Finanzunternehmen für Staat und Steuerzahler entstanden. Die Schweiz war durch den Fall UBS ebenfalls stark davon betroffen. Hier besteht klarer **Handlungsbedarf**.
- Die CVP akzeptiert nicht, dass **systemrelevante Unternehmen faktisch nicht Konkurs gehen können und im Krisenfall vom Steuerzahler gerettet werden müssen**. Eine Rettungsaktion wie im Fall UBS darf sich in Zukunft nicht wiederholen. Die faktische Staatsgarantie bürdet nicht nur dem Steuerzahler ein enormes Risiko auf, sondern schafft auch in grossem Umfang falsche Anreize, wodurch Risiken zu leichtfertig eingegangen werden.
- Zur **Behebung der Probleme bei systemrelevanten Finanzunternehmen** fordert die CVP eine unvoreingenommene und harte Auslegeordnung durch den Bundesrat. Die CVP verlangt Massnahmen in vier Richtungen:
 - Zunächst ist das **Insolvenzrecht** so zu ändern, dass bei Insolvenz eines systemrelevanten Unternehmens gewisse Kategorien von **Fremdkapital in Eigenkapital umgewandelt** werden, damit für die Neukapitalisierung keine Mittel der Steuerzahler mehr nötig sind. Die Revision soll die Kapitalbeschaffung nicht unnötig erschweren und möglichst international abgestimmt werden (vgl. Motion Bischof 09.4312).
 - Zweitens ist eine geordnete, möglichst **international koordinierte Liquidation** solcher Finanzunternehmen zu ermöglichen. Eine solche ist heute aufgrund der starken internationalen Vernetzung der globalen Finanzunternehmen praktisch ausgeschlossen.
 - Drittens sind bei systemrelevanten Finanzunternehmen Strukturen (z.B. ein „**Firmentestament**“) zu schaffen, welche es ermöglichen, im Insolvenzfall **systemrelevante Funktionen** (v.a. Zahlungsverkehr, Kreditmarkt, 2. Säule) aus den Finanzunternehmen **herauszulösen**. Zur Isolierung des Zahlungsverkehrs ist die Einführung einer Transaktionsbank zu prüfen.
 - Viertens muss die Schweiz ihren Einfluss in **internationalen Gremien** (OECD, Financial Stability Board, G20, etc.) nutzen, damit die Massnahmen einheitlich **durchgesetzt (und nicht nur angekündigt)** werden.

- Untauglich ist dagegen die Forderung anderer Parteien, die Grossbanken durch staatliche Intervention (z.B. durch Einführung eines Trennbankensystems oder einer Holdingstruktur) faktisch zu zerschlagen. Eine solche staatlich angeordnete Aufspaltung ist schädlich und zudem unnützlich: Sie schwächt die Finanzinstitute im internationalen Wettbewerb erheblich und löst dabei das Problem des Systemrisikos in keiner Weise, da insbesondere Haftungsrisiken des Steuerzahlers bestehen bleiben.

- Die CVP begrüsst die derzeitigen Bestrebungen der FINMA, **die risikogewichteten Eigenmittelanforderungen für die Grossbanken zu verschärfen**. Ebenso unterstützt die CVP die Einführung einer möglichst risikogewichteten **Limite für den Verschuldungsgrad (sog. Leverage Ratio) bei den Grossbanken**. Diese Massnahmen sind als „Stossdämpfer“ im Krisenfall geeignet. Eine internationale Abstimmung und die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit sind aber unabdingbar.
- Ebenso wichtig ist die **politische Stabilität** unseres Landes. Sie ist ein wesentlicher Standortfaktor für den Finanzplatz. Die CVP wird sich entschieden gegen Versuche von links und rechts wehren, die Stabilität im Lande aus rein populistischen Gründen zu gefährden.
- Stabilität brauchen schliesslich auch die makroökonomischen Bedingungen. Dazu gehören eine **nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik** sowie eine **stabile Währung**. Die CVP setzt sich stark für eine nachhaltige Haushaltspolitik ein, indem sie sich strikt an den Vorgaben der Schuldenbremse orientiert.

2. Mehr Wettbewerbsfähigkeit!

- Schweizer Finanzinstitute haben heute nur einen beschränkten Zugang zu ausländischen Märkten. Der Finanzprotektionismus nimmt zu. Die Schweizer Politik ist gefordert: Der **Marktzutritt muss verbessert werden**. Zu diesem Zweck ist einerseits ein **Finanzdienstleistungsabkommen mit der EU** zu prüfen, andererseits sind vermehrt **bilaterale Abkommen mit Nicht-EU-Staaten** abzuschliessen.
- Die Stempelsteuer belastet gewisse Finanzprodukte mit einer Abgabe. Sie hat zu einer Abwanderung von Geschäften der Finanzbranche ins Ausland geführt. Sie ist deshalb abzuschaffen. Aufgrund der grossen Bedeutung der Stempelsteuer als Einnahmequelle für den Staat, muss deren Abschaffung aber über mehrere Jahre hinweg und in mehreren Schritten erfolgen. In einem ersten Schritt ist die **Emissionsabgabe abzuschaffen**, sobald der Bundeshaushalt wieder positiv ist.
- Gerade nach Krisen besteht die Gefahr der Überregulierung, was Nachteile gegenüber ausländischen Konkurrenten bringt und die Einführung neuer Geschäftsfelder verhindert. Bestehende und neue gesetzliche Regelungen sind deshalb immer auf **Einfachheit, Klarheit und Zielgenauigkeit** zu prüfen. Das heutige Nebeneinander von verschiedenen **Bericht- und Solvenzsystemen** im Versicherungsbereich ist zu eliminieren und nachhaltiger sowie internationaler auszurichten.
- Im Rahmen der laufenden Aktienrechtsrevision setzt sich die CVP für eine **substanzielle Verbesserung der Corporate Governance bei börsenkotierten Gesellschaften** ein. Für **KMU** hingegen darf **keine zusätzliche Regulierung** und keine zusätzliche Belastung resultieren. Für sie ist das **Aktienrecht** vielmehr administrativ zu vereinfachen. Grundsätzlich soll die Stellung der Aktionäre gegenüber dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung (gerade in Entschädigungsfragen) gestärkt werden. Dabei muss der **Standort Schweiz** für grenzüberschreitende Unternehmen attraktiv bleiben. Die sog. „Minder-Initiative“ schießt über dieses Ziel hinaus und verwischt in nicht zu verantwortender Weise die Kompetenzen des Verwaltungsrats und der Generalversammlung. Insbesondere öffnet sie sog. **„Heuschrecken“**, also auf kurzfristigen Profit ausgerichtetem, oft ausländischem Kapital Tür und Tor, um Schweizer Unternehmen billig aufzukaufen bzw. mit kleinen Minderheitspaketen in ihre Gewalt zu gelangen. Die CVP lehnt diese Initiative deshalb klar ab.
- In Anbetracht der auch international grossen Bedeutung des Schweizer Finanzplatzes fordert die CVP einen **verstärkten Einfluss der Schweiz in den zentralen Institutionen und Gremien auf internationaler Ebene**. Insbesondere muss die Schweiz bei finanzpolitischen Fragen zu den Beratungen in der G20 zugelassen werden.

- Kotierte Unternehmungen an der Schweizer Börse (SWX) riskieren heute, dass sie – mit allen Kosten und Unannehmlichkeiten – auch an einer ausländischen Börse kotiert werden, ohne dass sie dazu gefragt werden. Die CVP fordert daher, dass **kotierte Unternehmen ein Beteiligungs- oder zumindest ein substantielles Mitspracherecht an der SWX erhalten**.
- Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit erwartet die CVP von den Finanzinstituten, dass sie gezielt zukunftsfähige Geschäftsfelder evaluieren. Den Staat fordert die CVP auf, den Aufbau neuer Geschäftsfelder und die Einführung innovativer Produkte zu erleichtern, indem **die richtigen Rahmenbedingungen** hierfür geschaffen werden.
- Der freie Marktzugang der Schweizer Banken ist als **Gegenleistung** für neue DBA einzufordern (s.u. Ziff. 6).
- Die CVP verlangt die **Förderung von kollektiven Kapitalanlagen** durch Erleichterung des Marktzutritts, verbesserte steuerliche Rahmenbedingungen und eine pragmatische Bewilligungspraxis für Private-Equity-Gesellschaften.
- Für unsere Versicherungsunternehmen ist ebenfalls ein **verbesserter Zugang zu den ausländischen Märkten** anzustreben. Insbesondere sollen die Schweizer Versicherungen am europäischen Pensionskassenmarkt teilnehmen können, denn sie bringen aufgrund ihres Know-hows und ihrer langen Erfahrung im Pensionskassengeschäft die besten Voraussetzungen mit, um an diesem Wettbewerb mitzuwirken. Durch einen verbesserten Marktzugang können auch die Wachstumspotentiale bei der Schadenversicherung vermehrt ausgenutzt werden. Schliesslich fordert die CVP eine gezielte Stärkung des Rückversicherungsstandorts Schweiz.

3. Mehr richtige Anreize!

- **Bonussysteme mit falschen Anreizen sind zu korrigieren.** Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ist wesentlich durch falsche Anreizsysteme in der Finanzindustrie ausgelöst worden. Verbindliche FINMA-Vorgaben zu den Entschädigungssystemen der grossen Finanzunternehmen sind daher wichtig und richtig, ebenso die Ausrichtung auf nachhaltiges und risikobewusstes Handeln sowie die Erweiterung der Transparenz- und Berichterstattungspflichten.
- Die CVP fordert die Nationalbank, die FINMA und das Finanzdepartement auf, die internationalen Entwicklungen auf diesem Gebiet eng zu verfolgen und führend mitzugestalten. Die Schweiz soll als verlässlicher Partner gelten, aber sich im Verhältnis zu anderen Finanzplätzen auch **nicht über Gebühr mit Regulierung belasten**.
- Die CVP begrüsst einen **funktionierenden Wettbewerb unter den im Inland tätigen Finanzinstituten**, denn dieser gewährleistet die kostengünstige Versorgung der Schweizer Wirtschaft mit Krediten und Finanzdienstleistungen. Bei der Regulierung muss darauf geachtet werden, dass die Probleme der international tätigen Grossbanken nicht zu einer Überregulierung der im Inland tätigen **kleinen und mittelgrossen Institute** führen. Die CVP ist gegen die Verleihung der Banklizenz an die Postfinance, begrüsst jedoch deren Unterstellung unter die Aufsicht der FINMA.

4. Mehr Schutz der Sparer!

- Das Vertrauen der Sparerinnen und Sparer in die Sicherheit ihrer Einlagen ist eine tragende Voraussetzung für den erfolgreichen Geschäftsgang der Banken. Der **Einlegerschutz** ist deshalb **ein zentrales Anliegen der CVP**. Bis vor kurzem hatte die Schweiz eines der schlechtesten Einlegerschutzsysteme Europas. Die 2008 vorgenommenen Neuregelungen (Erhöhung auf 100'000 Franken und Anpassung des Konkursprivilegs, separate Sicherung der Einlagen auf Freizügigkeitskonten der 2. Säule und der Säule 3a) sind auf Vorstösse der CVP (Motion Bischof 08.3529) zurückzuführen.

- Die nun aber vom Bundesrat vorgeschlagene **Neuausrichtung des Einlagensicherungssystems** (Schaffung eines öffentlich-rechtlichen Fonds und gesetzliche Verankerung einer Bundesgarantie) **geht in eine falsche Richtung**. Zweck der Einlagensicherung ist der Schutz des Bankkunden und Anlegers. Das Risiko eines Bankkonkurses darf nicht den Sparern aufgebürdet werden, sondern ist unabhängig zu lösen (s.o. Ziff. 1).
- Die CVP fordert die **konsequente Umsetzung des 2008 eingeführten Systems**, ohne dass den Bankkunden übermässige Kosten auferlegt werden.

5. Mehr Integrität!

- Das Verhalten einzelner Finanzinstitute hat den guten Ruf des Schweizer Finanzplatzes und das Vertrauen in seine Integrität beschädigt. Integrität ist aber eine zentrale Voraussetzung für eine gute Reputation und den nachhaltigen Erfolg des Finanzplatzes Schweiz. Die CVP erwartet von den betroffenen Finanzinstituten, dass sie ihre bisherigen **Geschäftsmodelle auf Vertrauenswürdigkeit und Integrität überprüfen** und wo nötig zügig Remedur schaffen.
- Eine **qualitativ hochstehende und unabhängige Finanzmarktaufsicht** stellt eine weitere Basis eines integren Finanzplatzes dar. Die Finanzkrise hat klare Mängel bei der Finanzmarktaufsicht aufgezeigt. Trotz ausgebauter gesetzlicher Grundlagen, zahlreicher Instrumente, einer eigenständigen professionellen Organisationsstruktur und weitestgehender Kompetenzen hat die **FINMA** (früher EBK) die internationalen Fehlentwicklungen **nicht rechtzeitig erkannt** und die entsprechenden Instrumente nicht eingesetzt. Die CVP verlangt, dass die Gründe hierfür abgeklärt und die notwendigen **Lehren** für die Zukunft gezogen werden (vgl. Postulat David 08.4039).
- Zur Integrität des Finanzplatzes gehört ebenso, dass im Sinne einer Gleichbehandlung alle Finanzintermediäre in ihrem Handeln beaufsichtigt werden. Die CVP verlangt, dass in Zukunft insbesondere auch die **externen Vermögensverwalter der FINMA unterstellt** werden.
- Die CVP verlangt, dass sich die Schweiz im Bereich der **Geldwäscherei** und der **Potentatengelder** international weiterhin als Vorbild engagiert.
- Die **straf- und zivilrechtlichen Konsequenzen** gelten besonders auch für fehlbare, abgetretene Manager. Die **gesetzlichen Verfahren** sind durchzuführen.

6. Mehr Rechtsstaatlichkeit!

- Die Rechtsstaatlichkeit ist ein wesentlicher Vertrauensträger und Erfolgsfaktor des Finanzplatzes Schweiz, denn ein gesichertes gerichtliches Verfahren schützt den Einzelnen vor Willkür. Die Schweiz muss alles daran setzen, das **Vertrauen in unseren Rechtsstaat wieder zu stärken** und nicht, wie in jüngerer Vergangenheit, weiter zu gefährden. Eine Herausgabe von Bankkundendaten ohne vorgängiges rechtsstaatliches Verfahren darf sich in Zukunft nicht wiederholen. Die rechtsstaatlichen Verfahren ihrerseits müssen in Zukunft speditiver abgewickelt werden.
- Die CVP unterstützt den Entscheid des Bundesrates, künftig den OECD-Standard ohne den Vorbehalt betreffend Steuerhinterziehung als Basis für die Aushandlung der Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) anzuwenden. In den DBA ist aber ausdrücklich festzuhalten, dass die Schweiz **Amtshilfe nur auf Anfrage** (also nicht automatisch) gewährt und dabei die Namen des Steuerpflichtigen sowie der Bank und ein begründeter Anfangsverdacht durch die anfragende ausländische Steuerbehörde genannt werden müssen. Sogenannte **Fishing Expeditions** sind auszuschliessen. Zudem hat die Schweiz **Gegenleistungen**, z.B. beim Marktzugang, einzufordern.
- Für Bankkunden mit Wohnsitz oder Sitz **in der Schweiz** hat das **Bankkundengeheimnis**, einschliesslich die bewährte Unterscheidung zwischen strafrechtlich geahndetem Steuerbetrug und verwaltungsstrafrechtlich geahndeter Steuerhinterziehung, unverändert **weiter zu gelten**.

- Gegenüber den Ländern der Europäischen Union (EU) ist die Einführung einer **Abgeltungssteuer auf Vermögenserträgen zu prüfen**. Der pauschale Steuersatz sollte dabei je nach Land differenziert werden. Im Gegenzug müssten die EU-Länder den Finanzdienstleistungsunternehmen der Schweiz einen verbesserten Marktzugang gewähren (zumindest Nicht-Diskriminierung bzw. gegenseitige Anerkennung der Gleichwertigkeit der Aufsicht) und auf einen automatischen Informationsaustausch gegenüber der Schweiz verzichten.
- Die Einführung einer **Abgeltungssteuer auch für Inländer lehnt die CVP allerdings entschieden ab**. Damit würden Vermögenserträge aus der Steuerprogression ausgenommen und ohne Grund gegenüber Einkommen aus Arbeit oder Vermietung privilegiert. Dies ist ökonomisch unsinnig und sozial nicht vertretbar.

7. Mehr Bildung!

- Die CVP setzt sich für eine **qualitativ hochstehende Aus- und Weiterbildung** im Rahmen unseres vorbildlichen dualen Bildungssystems ein. Bestausgebildete Berufsleute sind das beste Rückgrat eines guten Finanzplatzes. Dazu braucht es keine unsinnige Aufblähung der Akademikerquote.
- Umgekehrt braucht die Schweiz eine **weltweit führende Hochschulbildung**, gerade auch im Finanzbereich, damit sie die besten Talente für Forschung, Lehre und die Branche rekrutieren kann. Damit zusammenhängend setzt sich die CVP ebenso für einen **offenen und flexiblen Arbeitsmarkt** (z.B. die erleichterte Zulassung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss) ein.
- Im Finanzbereich sind **Ausbildung und Kaderauswahl mehr auf ethisches Verhalten, Aufrichtigkeit und Treue gegenüber den Kunden und der Gesellschaft auszurichten**.